

Antragsbereich INI / Antrag 2/I/2024

AntragstellerInnen: OV Neuhausen-Nymphenburg

2/I/2024: Nein zum sogenannten Generationenkapital

1 Die Münchner SPD lehnt das sogenannte „Generationenkapital“ zur Stabilisie-
2 rung der Beitragssätze der gesetzlichen Rentenversicherung genauso ab wie die
3 Anhebung des Renteneintrittsalters oder die Absenkung des Rentenniveaus und
4 schlägt stattdessen folgende Maßnahmen vor:

5

6 1. Stabile Rente braucht solide Erwerbsarbeit: Mindestlohn weiter anheben und
7 Tarifbindung stärken

8 2. Alle zahlen ein: wir entwickeln die Rentenversicherung zur Erwerbstätigenver-
9 sicherung damit auch Selbstständige, Abgeordnete und Beamt*innen einzah-
10 len

11 3. Bundeszuschuss muss größer werden, um die Herausforderungen der Demo-
12 grafie abzufedern und um private Sorgearbeit zu honorieren (sog. Mütterren-
13 te)

14 4. Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

15 5. Gleichbehandlung aller Einkunftsarten (Mieteinnahmen, Kapitalerträge) in
16 Bezug auf Sozialversicherungspflicht und Besteuerung analog dem heutigen
17 Umgang mit Einkünften aus Arbeit

18 6. Anhebung der Grundsicherung im Alter ohne Anrechnung der betrieblichen
19 Vorsorge

20

Begründung

22 Die staatliche Absicherung nach dem Erwerbsleben über die Rentenversicherung
23 ist ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Ein würdevolles Leben nach
24 dem Abschluss der Erwerbsbiografie sollte eine Selbstverständlichkeit sein. In
25 Anbetracht der demografischen Entwicklung wird diese Selbstverständlichkeit
26 immer wieder von konservativer und liberaler Seite angegriffen. Diskussionen
27 um eine Anhebung des Renteneintrittsalters hat der Kanzler Scholz jüngst
28 deutlich zurückgewiesen. Das Vertrauen in die gesetzliche Rente hat in den
29 letzten Jahren abgenommen. Maßnahmen wie die Riester-Rente, die Anreize zur
30 privaten Altersvorsorge bieten sollten, haben eher der Versicherungswirtschaft
31 geholfen als Erwerbstätigen, die ihre Rentenansprüche verbessern wollten. Ganz
32 grundsätzlich stellen wir fest, dass Maßnahmen, die auf private Rentenvorsorge
33 abzielen, ohnehin nur für jene funktionieren, die am Ende des Monats noch Geld
34 auf dem Konto haben.

35

36 Im Koalitionsvertrag der Ampel ist auf Drängen der FDP das Generationenkapital

37 vorgesehen. Im Vergleich zur Aktienrente, deren Konzept vorsah, Beiträge aus der
38 Rentenversicherung direkt an der Börse zu investieren, soll das Generationenka-
39 pital mit Krediten finanziert werden, geplant sind 12 Milliarden Euro jährlich ab
40 2024.

41

42 Es ist absolut nicht nachvollziehbar, wieso es für den Aufbau des Generationen-
43 kapitals für den Bundesfinanzminister akzeptabel ist, Kredite aufzunehmen,
44 nicht aber für notwendige Investitionen in Infrastruktur (Wohnen, Mobilität,
45 Transformation, Bildung).

46

47 5Nach wie vor ist die Frage nach dem Risiko von derartigen Investments ungeklärt:
48 Wer trägt die finanzielle Verantwortung, wenn eine negative Rendite erzielt wird?

49

50 Es ist vorgesehen, dass der Fond nach sozialen und ökologischen Kriterien inves-
51 tieren soll. Jedoch haben wir die Befürchtung, dass ein einmal geschaffener Fond
52 durchaus dem Renditedruck unterliegt und auch Anlagen in sensible Bereiche
53 der Daseinsvorsorge wie Wohnungen oder Gesundheitsinfrastruktur denkbar
54 wären. Nicht nur in diesen Bereichen, sondern auch in denen der industriellen
55 Wertschöpfung werden die Gewinne der Konzerne auf Kosten der Beschäftigten
56 erwirtschaftet. Rendite, die durch Druck auf Löhne, teure Mieten oder schlechte
57 pflegerische und medizinische Versorgung entsteht, um angeblich die Rente zu
58 sichern, darf nie von der Sozialdemokratie mitgetragen werden. Stattdessen geht
59 es uns darum, Kapitalgewinne zu sozialisieren über die Beitragspflicht zur Sozial-
60 und damit auch Rentenversicherung.

61

62 Ein so umfangreiches Anlagevolumen auf einmal in den Markt zu werfen, führt
63 darüber hinaus zu einer Wertsteigerung der Wertpapiere, da diese ja nicht neu
64 geschaffen werden. Auf diese Weise realisieren Anleger*innen Gewinne, die aus
65 dem kollektiven Staatshaushalt über Kredite finanziert werden.